

Von  
Professor Hans  
Herbert von Arnim,  
Verfassungsrechtler,  
Hochschule für Ver-  
waltungswissen-  
schaften Speyer

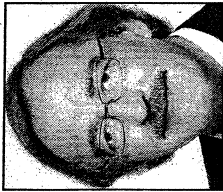
**JA**

Die Direktwahl des Ministerpräsidenten würde ihm hohe demokratische Legitimation verschaffen. Mit Ministerpräsidenten wie Horst Seehofer in Bayern oder Volker Bouffier in Hessen, die noch nie an der Spitze einer Wahlliste eine Landtagswahl gewonnen haben und ihr Amt deshalb allein der Partei verdanken, wäre es vorbei, würde man Ministerpräsidenten direkt vom Volk wählen lassen. Direkt gewählte Ministerpräsidenten sind unabhängiger von ihrer Partei und lassen sich auch nicht mehr so leicht zu rein parteipolitischen Blockaden im Bundesrat veranlassen, wie das jetzt häufig vor-  
kommt. Da die Mehrheitsfraktionen dann nicht mehr ihre Hauptaufgabe in der Stützung „ihrer“ Regierung sehen, ist das ganze Parlament freier, den direkt Gewählten und seine Regierung wirklich zu kontrollieren. Bisher ist nur die Opposition dazu

wirklich bereit, kann im Parlament aber jederzeit überstimmt werden. Damit wird echte Gewaltenteilung hergestellt. Der Landtag wird also keineswegs geschwächt, sondern gestärkt. Selbstverständlich können Regierungsmitglieder dann nicht mehr dem Parlament angehören. Die wichtigste Funktion der Bundesländer ist die Verwaltung. Selbst Bundesgesetze werden von den Ländern und Gemeinden ausgeführt. Liegt es dann nicht nahe, die Spitze der Exekutive – genau wie in den Städten – direkt vom Volk wählen zu lassen?

Haben wir mit der Direktwahl der Oberbürgermeister, in der Landeshauptstadt München und anderen bayerischen Städten, nicht gute Erfahrungen gemacht?

Auch wenn der Ministerpräsident einer anderen Partei angehört als die Landtagsmehrheit, droht keine Blockade. Das zeigt die Erfahrung in den Großstädten. Und ein kluger Ministerpräsident wird ohnehin die Fraktionen in seiner Regierungsmannschaft angemessen berücksichtigen und so die Kooperationsbereitschaft zwischen Regierung und Parlament erhöhen.



Von  
Franz Schindler  
(SPD), Vorsitzender  
des Verfassungsaus-  
schusses im Landtag

**NEIN**

Ich kann keinerlei demokratischen Mehrwert in der Forderung erkennen, den Ministerpräsidenten direkt wählen zu lassen. Meiner Ansicht nach ist die Idee eines direkt vom Volk gewählten bayerischen Staatspräsidenten aus guten Gründen bereits 1946 von der Verfassungsgebenden Landesversammlung abgelehnt worden. Auch alle anderen Bundesländer und der Bund haben sich gegen die Direktwahl des Ministerpräsidenten bzw. des Bundeskanzlers entschieden und damit bewusst ein anderes parlamentarisches System gewählt als z. B. Frankreich oder die USA.

Der bayerische Ministerpräsident hat bereits nach der jetzigen Verfassungslage eine außerordentlich starke Stellung im Gefüge der Staatsgewalten. Warum sollte seine Stellung also noch weiter gestärkt werden? Es hat auch nichts mit Stärkung der direkten

Demokratie zu tun, wenn das Volk direkt den Ministerpräsidenten wählt, dann aber keinen Einfluss mehr auf seine Amtsausübung hat. Auch wenn noch kein Gesetzentwurf für ein entsprechendes Volksbegehren vorliegt, ist es nicht vorstellbar, wie die Direktwahl die klassische Gewaltenteilung zwischen Parlament und Staatsregierung stärken könnte. Vorstellbar ist lediglich, dass die Bedeutung des Parlaments insgesamt geschwächt wird, wenn der Ministerpräsident nicht mehr auf die Zustimmung der Mehrheit des Landtags angewiesen ist.

Auch gegen Politikverdrossenheit würde die Direktwahl des Ministerpräsidenten keinen Beitrag leisten. Denn Verdrossenheit kann nicht durch staatsorganisationsrechtliche Änderungen, sondern nur durch eine seriöse und verlässliche Politik bekämpft werden. Die Forderung nach Direktwahl eines über den Dingen stehenden starken Ministerpräsidenten, der nicht mehr von Parteien bzw. Fraktionen abhängig ist, riecht verdächtig nach der urdeutschen Sehnsucht nach einem starken Führer jenseits des sogenannten Parteiengozänks und passt nicht zu der nach dem Zweiten Weltkrieg bewussten getroffenen Entscheidung für die volle parlamentarische Verantwortlichkeit der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten.



Stimmen Sie ab unter  
[www.bs.z.de/#vote](http://www.bs.z.de/#vote)